

**Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
Kreis Soest**

28.02.06

**Haushaltsrede für die Kreistagssitzung am 1.03.2007
zur Verabschiedung des Haushalts 2007 von Bündnis90/Die Grünen
Fraktionsvorsitzende Ilona Kottmann-Fischer**

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
sehr geehrte Gäste,

zunächst möchte ich anerkennen, dass die Kreisverwaltung mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf, dem Haushaltssicherungskonzept, der Weiterentwicklung des Strategischen Grundsatzprogramms und der Vereinbarung von konkreten Handlungszielen eine wirklich gute Arbeit geleistet hat.

Aus meiner Überzeugung arbeitet die Kreisverwaltung auf einem guten fachlichen Niveau - und hier ist insbesondere in diesem Jahr auch die durchgeführte Produktkritik zu nennen - und viele Kommunen könnten sich daran ein Beispiel nehmen. Bedanken möchten wir uns ganz besonders bei Ihnen, Herr Cortner, und Ihrem Team, nicht nur für die Aufstellung dieses Haushalts, sondern auch für Ihre Unterstützung bei den Haushaltsberatungen.

Aber Politik ist auch, neben den Gemeinsamkeiten unterschiedliche Standpunkte deutlich werden zu lassen. Daher lassen Sie unsere Fraktion folgendes anmerken:

Zum Haushaltsentwurf und Haushaltssicherungskonzept:

Auch in diesem Jahr wird der Kreis Soest wieder ein Haushaltssicherungskonzept einbringen müssen. Im Haushaltsentwurf ist die Verwaltung noch davon ausgegangen, die Fehlbeträge in Höhe von 11 Mio. Euro, die für den Kreis aus den Leistungen für Kosten der Unterkunft im Rahmen von Hartz IV entstanden sind, bis zum 01.01. 2008 ausgleichen zu können..

Die Überlegungen um den Ausgleich der Fehlbeträge haben die Diskussion zwischen Kreis und Kommunen, aber auch innerhalb der Fraktionen geprägt.

Unsere Fraktion hat sich von Anfang an entschieden, die Fehlbeträge im Rahmen des Solidarprinzips insgesamt auf die Kreisumlage umzulegen, und keine anderen Finanzierungsmodelle zuzulassen.

Unsere Entscheidung wurde im Nachhinein durch die Fachministerien unterstützt, die für 2007 festgelegt haben, dass die Fehlbeträge über die Kreisumlage zu finanzieren sind.

Ausdrücklich begrüßt unsere Fraktion, das im Gespräch zwischen den Bürgermeistern und den Fraktionsvorsitzenden festgelegte Ergebnis, den Fehlbetrag von 4 Millionen Euro in 2007 auszugleichen und den Fehlbetrag von 7 Millionen in das Haushaltsjahr 2008 in das NKF vorzutragen.

Die Konsequenz daraus ist das Haushaltssicherungskonzept nun auch für den Haushalt 2007, dem wir gleich unsere Zustimmung geben werden. Nachdrücklich weisen wir darauf hin, dass mit den Städten und Gemeinden eine Regelung zum Ausgleich der noch fehlenden 7 Mio. Euro durch die Kommunen entwickelt werden muss.

Wir freuen uns darüber, dass die Rückerstattung des Wohngeldes in Höhe von 3,6 Millionen Euro und die Absenkung der Landschaftsverbandsumlage, die zu einer Verbesserung des Haushaltsansatzes von rund 300.000 Euro führt, an die Städte und Gemeinden direkt weitergegeben werden können.

Zu den Kosten der Unterkunft im Haushalt 2007:

Die Ausgaben im Rahmen von SGB II (Hartz IV) beinhalten auch im Haushalt 2007 den höchsten Etatposten im gesamten Kreishaushalt.

Der Haushaltsentwurf 2007 geht von einer Berechnung der Kosten der Unterkunft von 13.750 Bedarfsgemeinschaften aus, die den Haushalt mit ca.46 Mio. Euro belasten. Im Januar legte die Verwaltung aufgrund einer positiven aktuellen Entwicklung eine Neuberechnung auf der Basis von 12.100 Bedarfsgemeinschaften vor. In 2006 waren es, nach den von der Verwaltung übermittelten Zahlen, durchschnittlich 12.598 Bedarfsgemeinschaften.

Auch bei einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt bleibt festzustellen, dass viele aktuelle Arbeitslosengeld-I-Empfänger durch das Ende der Bezugsdauer bedroht sind, und zukünftig vom Arbeitslosengeld II aufgefangen werden müssen. Wir halten die Prognose der Verwaltung mit 12.100 Bedarfsgemeinschaften vor diesem Hintergrund für passend, und warnen davor, die Bedarfsgemeinschaften zu niedrig zu kalkulieren. Die Arbeit Hellweg Aktiv (AHA) darf nach unserer Auffassung nicht unnötig unter Druck gesetzt werden, wohlmöglich die Kosten der Bedarfsgemeinschaften zu Lasten der Bedürftigen niedrig zu halten, nur um die Vorgaben der Kostenkalkulation zu erreichen.

Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass Fehlbeträge, die auf allzu optimistischen Zahlen beruhen, zu den 7 Millionen mit ins NKF übernommen werden müssen.

Zum Thema Umwelt:

Ein zentrales Thema des vergangenen Sommers und Herbstes war und ist leider immer noch das Thema „PFT“.

Wir stehen erst am Anfang des Skandals.

Wie allgemein bekannt ist, wurde diese krebserregende Stoffgruppe als angebliches Düngemittel auf rund 750 Flächen im Kreis Soest aufgebracht. PFT durchsetzt immer noch unser Trinkwasser und das Wasser der Möhnetalsperre ist immer noch kontaminiert und der Fischbestand nach wie vor nicht zum Verzehr geeignet.

Die Steuerung der Sanierung allein dem Land zu überlassen und nur durch Landesmittel bewältigen zu wollen, halten wir für falsch.

Als bewältigt kann dieser Skandal nach unserer Auffassung erst beurteilt werden, wenn die verseuchten Flächen wieder vom Gift befreit sind und sichergestellt ist, dass sich ein solche kriminellen Machenschaften nicht wiederholen können. Es ist viel Vertrauen in die Wasser- und Landwirtschaft zerstört worden, dass nun erst wieder aufgebaut werden muss.

Dies geht nicht zum Nulltarif!

Damit für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Soest endlich Klarheit besteht, welche Flächen genau mit PFT verseucht sind, haben wir für die Beprobung dieser Flächen und die Entwicklung eines dringend notwendigen Sanierungskonzepts für diese Flächen im Kreis Soest beantragt, den Haushaltsansatz um 140.000 Euro aufzustocken.

Zum Thema Bildung und Schulen:

Hier unterstützen wir ausdrücklich die Einrichtung eines Bildungsbüros im Kreis Soest. Wir möchten, dass das Bildungsbüro vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen, veränderter Bedingungen einer Mediengesellschaft, Ganztagsangeboten, flexiblen Schuleinstiegs und des Zentralabiturs nach zwölf Jahren eine Koordination- und Schnittstelle im Kreis bildet, die die Kommunen beratend und planerisch unterstützt.

In der Projektgruppe „Bücherbus“ haben wir fraktionsübergreifend die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit eine Vernetzung und Kooperation zwischen den Medienzentrum in Lippstadt und dem Bücherbus umgesetzt werden kann. Hintergrund ist, dass der Bücherbus, wie in der Projektgruppe berichtet wurde, verstärkt von Schulen angefragt wird, und der Bedarf hier aufgrund von Personalmangel nicht abgedeckt werden kann.

Wir Grüne fordern für den Kreis Soest ein aufeinander abgestimmtes Medienkonzept, in dem der Bücherbus auch über 2008 hinaus ein fester Bestandteil sein soll. Die stetig steigenden Leserzahlen des Bücherbusses, über die ebenfalls in der Projektgruppe berichtet wurde,

zeigen uns, wie richtig der Beschluss des Kreistages auch im Zeitalter des Internets war, den Bücherbus in unseren Städten und Gemeinden wieder ins Rollen zu bringen.

Zum Thema Rücknahme der Absenkung der Jugendamtsumlage

Im strategischen Grundsatzprogramm haben sich Verwaltung und Politik einstimmig dazu bekannt, dass Familien, Kinder und Jugendliche als zentrale Fundamente unserer Gesellschaft der besonderen Förderung bedürfen.

Ziel von Verwaltung und Politik ist der Aufbau einer familienfreundlichen Region unter Berücksichtigung des demographischen Wandels.

Daher fordern wir, um diese Ziele im Kreis Soest umzusetzen, die Beibehaltung des Hebesatzes der Jugendamtsumlage und die Zuführung des Betrags in Höhe von rund 970.000 Euro in die Rücklage.

Warum wollen wir das?

Die Eckpunkte des neuen Kindergartengesetzes sehen vor, dass sich das Land nicht mehr wie bisher am Ausgleich entgangener Elternbeiträge beteiligt. Allein in 2006 fehlten im Kreis 316.000 Euro durch nicht gedeckte Elternbeiträge. Trotz dieses Defizits haben sich Jugendhilfeausschuss und Kreistag im vergangenen Juni entschieden mit Blick auf die vom Land angekündigte Novellierung des GTK, die Elternbeiträge nicht zu erhöhen.

Inzwischen ist bekannt, dass die Novellierung des GTKs auf das Jahr 2008 verschoben wurde.

Aber wie wird es mit der Höhe der Elternbeiträge im Kreis Soest für das Kindergartenjahr 2007/2008 und die Jahre darüber hinaus aussehen? Dem Kreis fehlen die Landesmittel, unter anderem durch den Nicht-Ausgleich fehlender Elternbeiträge (übrigens entschieden durch die CDU-Landesregierung), der Trägeranteil der kirchlichen Einrichtungen soll um 4 % gesenkt werden, und die Kommunen sollen autorisiert werden, Elternbeiträge ohne Angabe einer Höchstgrenze selbst festzusetzen.

Ohne die finanzielle Belastung zu kennen, die auf die Eltern in diesem Jahr zukommen wird, können wir einer Absenkung der Jugendamtsumlage nicht zustimmen.

Unsere Fraktion sagt an dieser Stelle deutlich: Wir wollen keine Erhöhung der Elternbeiträge im Kreis Soest und einheitliche Beträge für alle Kommunen des Kreises! Allen Eltern muss der Zugang zum Kindergarten für ihre Kinder möglich sein.

Der nordrhein-westfälische CDU-Familienminister Armin Laschet will in 2007 die Plätze der U 3-Betreuung von 16.000 auf 32.000 verdoppeln. CDU-Bundesfamilienministerin von der Leyen will die Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren bis 2013 auf rund 750.000 verdreifachen. Generalsekretär Pofalla unterstützt die Forderung als zukunftsweisend und sagt

(Zitat): „Nur mit mehr Kinderbetreuungsplätzen schaffen wir wirkliche Wahlfreiheit für Eltern zwischen Berufstätigkeit trotz Kindern und Erziehung zuhause.“

Wir Grüne unterstützen die Forderung der CDU auf Bundes- und Landesebene für den Kreis Soest ganz ausdrücklich und fordern vor dem Hintergrund der von unserer Fraktion beantragten Nicht-Absenkung der Jugendamtsumlage den Ausbau und eine qualitative Weiterentwicklung der U-3-Betreuung.

Hier wünschen wir uns für den Kreis Soest eine Schwerpunktverlagerung von den Spielgruppen hin zu kleinen, altersgemischten Gruppen in den Stadtteilen.

Natürlich wissen auch wir Grüne, dass wir hierzu Geld brauchen und an dieser Stelle möchten wir einen Teil der rund 970.000 Euro, die die Nichtabsenkung Jugendamtsumlage als monetären Effekt hätte, konkret nutzen.

Man sage hier nicht, es gäbe keinen weiteren Bedarf an U-3-Betreuung im Kreis!

Schauen wir auf die Wartelisten in Kindergärten und Spielgruppen, da wird der Bedarf deutlich!

Ähnlich sieht es bei den Plätzen für Über-Mittag-Betreuung in den Kindergärten und Kindertagesstätten aus. Auch hier haben wir einen deutlichen Mehrbedarf gegen über den vorhandenen Plätzen.

Wenn wir die CDU auf Bundes- und Landesebene und die Aussage von Herrn Pofalla wirklich ernst nehmen, müssen wir im Kreis Soest auch die finanziellen Möglichkeiten haben, beantragten Gruppenumwidmungen von Kindergärten und Kindertagesstätten zustimmen zu können.

Im letzten Jahr hat der Kreistag die finanziellen Kürzungen bei den Wohlfahrtsverbänden in Höhe von 100.000 Euro beschlossen. Neben den Kürzungen durch den Kreis sind die Träger auch mit finanziellen Kürzungen durch die Landesregierung konfrontiert.

Auch hier sagen wir, dass es richtig ist, die Jugendamtsumlage nicht zu senken, denn die finanziellen Mittel sind nötig, um die sozialen Standards im Kreis Soest aufrecht zu erhalten. Schon jetzt zu bemerkende Folgen der Kürzungen sind, dass in den Erziehungsberatungsstellen die Wartelisten für Familien länger werden, Beratungszeiten kürzer werden, eine Stelle in der Erziehungsberatung aus finanziellen Gründen nicht wieder besetzt wird, im Projekt „Werl-Nord“ Betreuungsstunden abgebaut werden sollen.

Wir unterstützen ausdrücklich, dass in den Haushalt 30.000 Euro für ein Frühwarnsystem eingestellt werden, aber was nützt uns das beste Frühwarnsystem, wenn sich die Qualität der Arbeit etablierter, sozialer Einrichtungen im Kreis durch finanzielle Kürzungen verringert.

Abschließend bleibt zu sagen:

Wir werden auf keinen Fall dem Bau neuer, auch noch überflüssiger Straßen wie der K 18n zustimmen. Abgesehen von einer geringeren Neuverschuldung des Kreises bleiben dem Kreis dann auch laufende Kosten für Zinszahlungen und Unterhalt solcher Straßen erspart. Hier sind uns der soziale und der bildungspolitische Bereich wichtiger als die Straßen.

Fazit:

Da die Beibehaltung des Hebesatzes der Jugendamtsumlage im Kreisausschuss keine Mehrheit gefunden hat, können wir der Haushaltssatzung für das Jahr 2007 nicht zustimmen.

Auch bei den Zielvereinbarungen für das Jahr 2007 können wir nicht zustimmen, da die Sanierung der PFT verseuchten Flächen nicht in die Zielvereinbarung aufgenommen wurde.

Wir werden aber unserer Überzeugung und Zielsetzung entsprechend dem Haushaltssicherungskonzept 2007 zustimmen.

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ilona Kottmann-Fischer

-Fraktionsvorsitzende-